

# Steuerstreit beenden – die Zukunft gestalten

## dossierpolitik

24. September 2012 Nummer 20

**Steuerabkommen** Im Zuge der weltweiten Finanz- und Schuldenkrise gehen immer mehr Staaten härter gegen Steuerhinterziehung vor, um zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren. Als bedeutender Finanzplatz ist die Schweiz in den letzten Jahren wegen unversicherter Gelder ausländischer Kunden verschiedentlich unter Druck geraten. Deshalb ist die Regierung in die Offensive gegangen und hat mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien Abgeltungssteuerabkommen abgeschlossen. Damit wurde eine Lösung für die Regularisierung unversicherter Vermögen aus der Vergangenheit gefunden und gleichzeitig ein Modell für die Zukunft entwickelt. Weil das Referendum gegen die Abkommen ergriffen wurde, stimmen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger voraussichtlich am 25. November 2012 darüber ab.

### Position economiessuisse

- ▶ Die Steuerabkommen beenden die Steuerstreitigkeiten der Vergangenheit, beseitigen Rechtsunsicherheiten und stärken das Vertrauen in den Standort Schweiz.
- ▶ Die Abkommen schützen die Privatsphäre und stärken das Bankkundengeheimnis.
- ▶ Mit den Abkommen kann die Schweiz die Positionierung als Finanzplatz für versteuerte Gelder mit dem Trumpf des Bankkundengeheimnisses vereinen.
- ▶ Die Steuerabkommen verbessern die Beziehungen zu wichtigen Partnerländern und stärken den Finanzplatz. Davon profitieren exportorientierte Firmen und KMU.



## Worum geht es am 25. November?

► Die Steuerabkommen sind ein Modell für die Zukunft und einen stabilen Schweizer Finanzplatz.

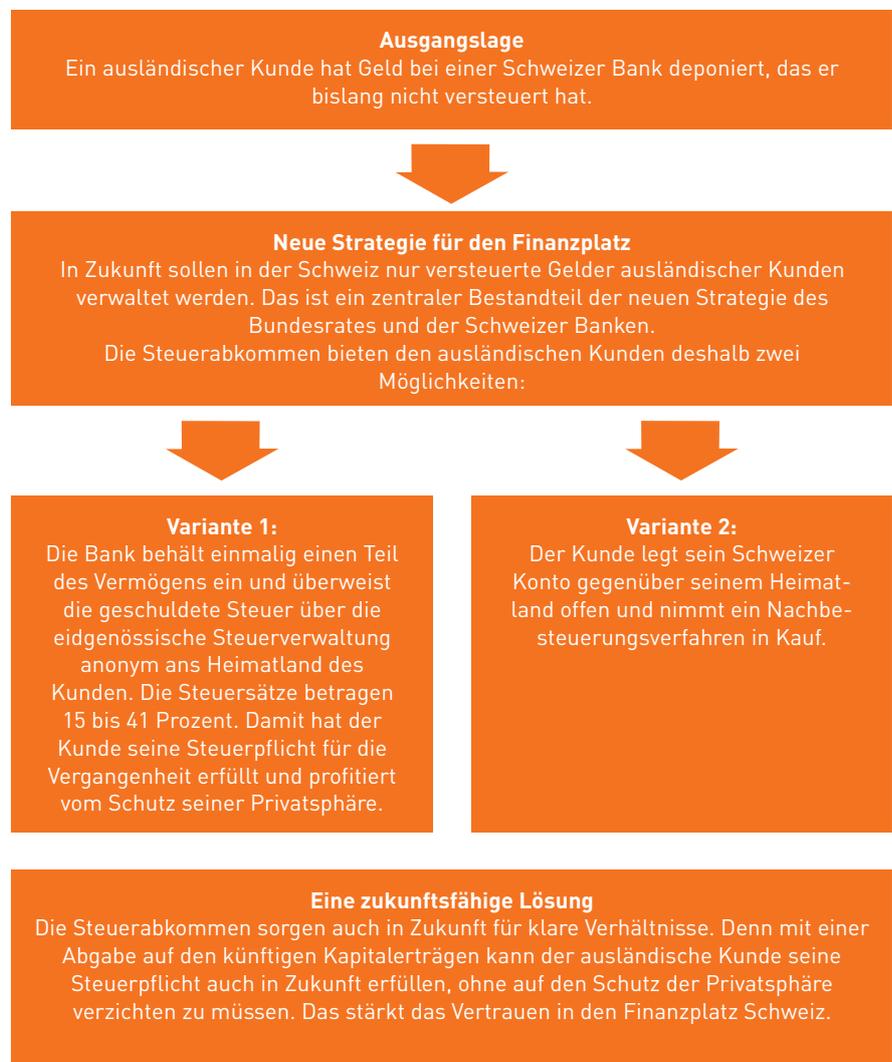
### Abkommen mit drei Ländern

Seit Jahren schwelt ein Streit zwischen der Schweiz und anderen Staaten. Grund sind unbesteuerbare Vermögen ausländischer Kunden bei Schweizer Banken. Im Zuge der internationalen Schuldenkrise gehen viele Staaten härter gegen Steuerhinterziehung vor. Die Schweiz und insbesondere ihre Wirtschaft leiden unter den daraus resultierenden Streitigkeiten – denn Unternehmen sind auf stabile Rahmenbedingungen weltweit angewiesen. Deshalb hat die Schweiz einen Schritt nach vorne gemacht und mit der Abgeltungssteuer ein eigenes Modell entwickelt, das sowohl dem Wunsch der Kunden nach Schutz ihrer Privatsphäre als auch den Forderungen ausländischer Staaten nach Steuereinnahmen Rechnung trägt. Die Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien ermöglichen eine zukunftsfähige Lösung zur Beilegung des Konflikts.

### Grafik 1

► Die Steuerabkommen bieten den ausländischen Kunden zwei Varianten zur Auswahl.

### So funktioniert das Schweizer Modell der Abgeltungssteuer



Quelle: eigene Darstellung.

### Weitere Elemente der Abkommen

Die Verträge mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich funktionieren alle nach den gleichen Grundsätzen und unterscheiden sich lediglich in einzelnen Punkten, die den unterschiedlichen Gegebenheiten der drei Länder angepasst wurden. Weitere wichtige Regelungen der Steuerabkommen sind unter anderem:

- ▶ **Verbesserter Marktzugang:** Mit allen drei Ländern wurde eine Vereinbarung für einen verbesserten Marktzutritt für Banken getroffen.
- ▶ **Schutz für Mitarbeitende:** Keine Strafverfolgung von Banken und Mitarbeitenden für Fälle vor Inkrafttreten des Abkommens.
- ▶ **Kontrollmöglichkeiten zur korrekten Umsetzung der Abkommen:** Deutschland und Grossbritannien haben über die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen hinaus die Möglichkeit, die Umsetzung der Abkommen mit einer beschränkten Anzahl von stichprobenartigen Anfragen zu kontrollieren.

▶ **Definitiver Entscheid in Deutschland fällt nach der Abstimmung in der Schweiz.**

Hinter den Abkommen stehen neben dem Bundesrat eine breite Allianz aus Parteien (FDP, CVP, glp, BDP, Grüne und Teile der SP sagten im Parlament Ja), Wirtschaftsverbände und die Banken. Weil Gruppierungen von rechts (AUNS, JSVP) und links (JUSO) das Referendum ergriffen haben, stimmen wir voraussichtlich am 25. November darüber ab. Am 1. Januar 2013 sollen die Abkommen in Kraft treten. Österreich und Grossbritannien haben den Verträgen bereits zugestimmt – in Deutschland steht der Entscheid noch aus. Voraussichtlich am 23. November 2012 wird sich der deutsche Bundesrat mit der Vorlage befassen. Bei einem Nein wäre danach ein Einigungsverfahren zwischen den beiden deutschen Parlamentskammern möglich.

### Abkommen beenden die Steuerstreitigkeiten

#### Die Schweizer Lösung bietet zwei grosse Vorteile

▶ **Klare Verhältnisse in Bezug auf die Vergangenheit und auch für die Zukunft.**

Zum einen lösen die Abkommen die Probleme der Vergangenheit: Die Kunden erhalten eine faire Möglichkeit, ihre unbesteuerten Vermögen zu regularisieren und alle Steuerforderungen der Vergangenheit pauschal zu erfüllen. Gleichzeitig bleiben die Kunden aber anonym und profitieren weiterhin vom Schutz ihrer Privatsphäre. Das geht nur mit der Abgeltungssteuer, andere Modelle bieten keine Lösung für die Vergangenheitsbewältigung. Konkret heisst dies: Nach Umsetzung der Steuerabkommen gibt es kein unbesteuertes Vermögen mehr von deutschen, englischen oder österreichischen Kunden auf Schweizer Banken.

Zum anderen sorgen die Steuerabkommen dafür, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Mit der Abgeltungssteuer begleicht der ausländische Kunde seine Steuerpflicht weiterhin anonym. Mit den Abkommen liegt eine Lösung auf dem Tisch, die klare Verhältnisse schafft, die Steuerstreitigkeiten beendet und das Vertrauen in den Standort Schweiz stärkt.

## Dauerhafte Alternative zum Informationsaustausch

► Der gläserne Bürger ist für die Schweiz nicht akzeptabel.

### Abkommen schützen die Privatsphäre

Die EU-Kommission will den automatischen Informationsaustausch zum Standard machen und dieses Modell auch der Schweiz aufzwingen. Damit würden automatisch sensible Kundendaten ins Ausland geliefert. Weil der damit verbundene gläserne Bürger für die Schweiz nicht akzeptabel ist, wurde mit der Abgeltungssteuer ein eigenständiges Alternativkonzept entwickelt. Alle drei Vertragsstaaten akzeptieren diese Lösung als dauerhafte Alternative zum automatischen Informationsaustausch – dies ist klipp und klar in den Abkommen festgehalten. Aus Sicht der Schweiz ist das eine Premiere: Zum ersten Mal überhaupt anerkennen ausländische Staaten mit der Akzeptanz der Abgeltungssteuer den dauerhaften Schutz der Privatsphäre der Kunden von Schweizer Banken. Das stärkt die Privatsphäre und schützt das Bankkundengeheimnis.

Der automatische Informationsaustausch hätte zudem auch den Nachteil, dass damit keine Lösung für die Probleme der Vergangenheit möglich ist.

## Finanz- und Werkplatz sind aufeinander angewiesen

► Die Steuerabkommen stärken die Beziehungen mit Nachbar- und Partnerstaaten.

### Wirtschaftliche Bedeutung der Abkommen

Die Schweiz ist eine international vernetzte Volkswirtschaft. In der Vergangenheit hat sie stets auf ein Erfolgsrezept gesetzt: gute Beziehungen zu ihren Partnern weltweit. Mit den Steuerabkommen verbessert die Schweiz ihre Beziehungen zu wichtigen Nachbar- und Partnerstaaten in Europa und stärkt den Finanzplatz, der ein bedeutender Faktor für die Schweizer Volkswirtschaft ist (siehe Kasten Seite 4). Nur ein starker und international akzeptierter Finanzplatz ist für die Zukunft gerüstet und kann auch langfristig zu einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort Schweiz beitragen. Davon profitieren alle: exportorientierte Firmen, die auf gute Beziehungen zum Ausland angewiesen sind, genauso wie KMU in der Schweiz, die von einem starken Finanzplatz profitieren.

Der verbesserte Marktzugang eröffnet dem Finanzplatz Schweiz zusätzliche Chancen: In den drei Ländern werden Hürden beseitigt, die den Banken in der Schweiz eine grenzüberschreitende Betreuung von ausländischen Kundinnen und Kunden bisher erschwert haben. Die Abkommen helfen so mit, langfristig Arbeitsplätze in der Schweiz zu erhalten und auf ein solides Fundament zu stellen.

### Zahlen und Fakten zum Finanzplatz

#### Wertschöpfung

Der Schweizer Finanzplatz generierte im letzten Jahr eine Wertschöpfung von knapp **60 Milliarden Franken**. Damit sind die Banken und weitere Finanzdienstleister für 10,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts verantwortlich. Alleine die Wertschöpfung der Schweizer Banken lag 2011 bei 32,4 Milliarden Franken.

#### Arbeitsplätze

Der Finanzplatz beschäftigt aktuell rund **240 000 Personen**, 146 000 von ihnen sind direkt bei einer Bank beschäftigt. Zudem finden sich hier **zwölf Prozent aller Lehrstellen** im kaufmännischen Bereich.

#### Steuern

Das Steueraufkommen des gesamten Finanzplatzes beläuft sich auf 14 bis 18 Milliarden Franken. Alleine dem Bankensektor konnten 2011 **Steuereinnahmen von 11,2 Milliarden Franken** zugerechnet werden. Das ist jeder zehnte Steuerfranken in der Schweiz.

Quellen: BAK Basel 2011, Swissbanking 2012.

► Die direkte und indirekte Wertschöpfung des Finanzplatzes beträgt rund 90 Milliarden Franken.

### Viele Branchen profitieren

Diese Zahlen zeigen aber nur einen Teil: Bedeutend sind auch die indirekten Effekte des Schweizer Finanzplatzes. Gemäss einer Studie von BAK Basel aus dem Jahr 2011 belaufen sich diese Effekte zusätzlich auf 28 Milliarden Franken (Banken alleine: 17 Milliarden Franken). Darin enthalten sind Güter und Dienstleistungen, die Schweizer Firmen als Vorleistungen für den Finanzplatz erbringen können. Die direkte und indirekte Wertschöpfung des Finanzplatzes beträgt also rund 90 Milliarden Franken. Dies entspricht fast 20 Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz.

### Ein Nein brächte nur Nachteile

Ein Alleingang der Schweiz bei einem Nein zu den Steuerabkommen ist keine Alternative – weder für die Schweiz noch den Finanzplatz oder die Wirtschaft. Die Angriffe auf die Schweiz nähmen zu und der Handel mit gestohlenen Kundendaten würde weiterhin blühen. Die Schweiz müsste weiterhin reagieren, statt zu agieren. Das ist keine Option für ein souveränes Land. Für die ausländischen Kunden bedeutet ein Nein zu den Steuerabkommen weiterhin Rechtsunsicherheit. Das ist kein Klima für einen starken Finanzplatz und schadet dem Vertrauen in den Standort Schweiz.

► Nach einem Nein zu den Steuerabkommen würde der Handel mit gestohlenen Daten-CDs weiter blühen.

Die Schweizer Wirtschaft, die jeden zweiten Franken im Ausland verdient, ist auf gute und verlässliche Rahmenbedingungen mit allen Staaten angewiesen. Gerade Deutschland spielt hier als wichtigster Handelspartner der Schweiz eine ganz besondere Rolle (jedes fünfte Exportprodukt geht nach Deutschland). Eine Fortsetzung des Steuerstreits verschlechtert diese Beziehungen und kann für Schweizer Firmen in der Praxis auch ganz konkret zu Problemen führen: So ist die Schweiz wegen des Steuerstreits mit Italien bis heute auf einer schwarzen Liste aufgeführt. Italien ist eines der nächsten Länder, mit denen der Abschluss eines Steuerabkommens nach dem gleichen Muster geplant ist. Ein Ja am 25. November ist ein klares Zeichen, dass die Schweiz den eingeschlagenen Weg fortsetzen soll.

► Ein Ja zu den Abkommen stärkt das Vertrauen in den Standort Schweiz, beseitigt die Rechtsunsicherheiten und beendet den Steuerstreit.

## Fazit: fünf Gründe für ein JA

### Die Abkommen beenden den Steuerstreit

Seit Jahren schwelt ein Streit um unbesteuerter Vermögen zwischen der Schweiz und anderen Staaten. Nun liegt endlich eine Lösung auf dem Tisch, die klare Verhältnisse schafft und diese Steuerstreitigkeiten mit den drei Ländern beendet.

### Faire Schweizer Lösung stärkt das Vertrauen in unseren Finanzplatz

Die Banken können ihren Kunden im Ausland eine faire Lösung zur Regularisierung unbesteuert Gelder in der Schweiz bieten. Die Abkommen beseitigen die aktuellen Rechtsunsicherheiten und stärken so das Vertrauen in den Standort Schweiz.

### Der automatische Informationsaustausch wird verhindert

Die EU will der Schweiz den automatischen Informationsaustausch aufzwingen und den gläsernen Bürger schaffen. Um das zu verhindern, hat die Schweiz ein eigenständiges Gegenkonzept entwickelt: die Abgeltungssteuer. Alle Vertragsstaaten akzeptieren diese Lösung als dauerhafte Alternative zum Informationsaustausch. Weitere Staaten werden folgen.

### Wichtig für die Neuorientierung des Schweizer Finanzplatzes

In der Schweiz sollen nur noch besteuerte Gelder ausländischer Kunden verwaltet werden. Mit dieser Strategie kann sich die Schweiz auch in einem veränderten Umfeld behaupten und ihre Trümpfe als global wettbewerbsfähiger Finanzplatz ausspielen. Dies ist die Voraussetzung für den langfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen.

### Die Abkommen stärken die Schweiz

Mit den Steuerabkommen verbessert die Schweiz ihre Beziehungen zu wichtigen Nachbar- und Partnerstaaten in Europa und stärkt den Finanzplatz. Davon profitieren alle: exportorientierte Firmen, die auf gute Beziehungen zum Ausland angewiesen sind, genauso wie KMU in der Schweiz, die von einem starken Finanzplatz profitieren.

### Rückfragen:

urs.furrer@economiesuisse.ch  
sandra.ruckstuhl@economiesuisse.ch  
simon.schaerer@economiesuisse.ch

### Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen  
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich  
www.economiesuisse.ch